

Geschäftszeichen I/10I100 He	Datum 29.09.2008	Vorlage-Nr. XVI-439/2008
--	----------------------------	------------------------------------

Beratungsfolge:	Sitzung	Sitzung am:	Entscheidung
Jugendhilfeausschuss	öffentlich	27.10.2008	
Ausschuss für Schule, Kultur und Sport	öffentlich	29.10.2008	
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit	öffentlich	30.10.2008	
Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit	öffentlich	03.11.2008	
Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten	öffentlich	05.11.2008	
Kreisausschuss	nicht öffentlich	24.11.2008	
Kreistag	öffentlich	08.12.2008	

Betreff

Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2009

Beschlussvorschlag:

Der Budgetplan sowie die Wirtschaftspläne für die optimierten Regiebetriebe Gebäudewirtschaft und Tiefbau für das Haushaltsjahr 2009 sowie die Investitionsprogramme für den Planungszeitraum 2008 bis 2012 werden auf der Grundlage der vorgelegten Entwürfe mit den in der Kreistagssitzung angenommenen Änderungsempfehlungen beschlossen.

Das Haushaltssicherungskonzept wird für das Haushaltsjahr 2009 fortgeschrieben.

Die Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2009 wird unter Berücksichtigung der vom Kreistag angenommenen Änderungen auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs beschlossen.

Kosten Euro	Haushaltsstelle	<input type="checkbox"/> Verw.-Haushalt <input type="checkbox"/> Verm.-Haushalt	Haushaltsjahr
Mittel stehen			
<input type="checkbox"/> zur Verfügung	<input type="checkbox"/> nicht zur Verfügung	<input type="checkbox"/> nur bereit i. H. v. Euro	
Deckungsvorschlag			
<input type="checkbox"/> Mehreinnahmen bei		<input type="checkbox"/> Minderausgaben bei	
Die Maßnahme dient dem strategischen Politikfeldziel „_____“			
Das Ziel ist ein Handlungsschwerpunkt ? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			

Begründung:

Der vorliegende Entwurf des Budgetplanes und die daraus resultierende Haushaltssatzung für den Landkreis Wolfenbüttel sieht

im Verwaltungshaushalt	Einnahmen in Höhe von	129.367.800 €
	Ausgaben in Höhe von	153.135.300 €
und		
im Vermögenshaushalt	Einnahmen in Höhe von	7.751.400 €
	Ausgaben in Höhe von	7.751.400 €

vor.

Verwaltungshaushalt

Die geplanten Mehreinnahmen des Haushaltes 2009 sind zu einem Teil der aktuell günstigen Konjunkturphase geschuldet. Der Landkreis profitiert von dieser positiven Situation durch die Finanzausgleichsleistungen, die seitens des Landes Niedersachsen auf die kommunalen Gebietskörperschaften verteilt werden, und durch die Kreisumlage, die sich auf die Finanzkraft der kreiseigenen Gemeinden und Samtgemeinden stützen kann. Ein Garant für ein dauerhaft hohes Einnahmenniveau ist dies jedoch nicht.

Die erfreuliche konjunkturelle Lage ist eher dazu geeignet, mit Einnahmewüchsen die Probleme auf der Ausgabenseite zu überdecken. Durch die Erhöhung der Nettoausgaben um 1,1 % konnte eine echte Ausgabensenkung nicht erreicht werden. Die notwendige Konsolidierung des Haushaltes erfordert nach alledem eine weiterhin strenge Ausgabendisziplin. Es ist daher notwendig, dass jede Ausgabe dem Grunde und der Höhe nach mit dem Ziel nachhaltiger Reduzierung überprüft wird. Nur so ist eine dauerhafte Verbesserung der Haushaltslage zu erreichen. Demzufolge muss die Haushaltswirtschaft auch zukünftig äußerst sparsam geführt werden. Für eine Ausweitung der Ausgaben ist zur Zeit kein Raum.

Der dargestellten Haushaltslage entsprechend sind auch bei der Festsetzung der Kreisumlage Überlegungen in Richtung Senkung der Umlagesätze äußerst defensiv anzustellen.

Auf der Ausgabenseite dominieren weiterhin die Leistungen im sozialen Sektor. An dieser Stelle wird deutlich, dass die seitens des Bundes versprochene Entlastung der kommunalen Seite durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht im erwünschten Maße eintritt. Bedenklich ist insbesondere die Tatsache, dass die Ausgaben für Unterkunft und Heizung um 8 % gestiegen sind, obwohl die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 4 % abgebaut werden konnte. Dieser durch die Aktivitäten der ARGE erzielte Rückgang der Bedarfsgemeinschaften führt zu einer Absenkung des Bundesanteils von 28,6 % auf 25,6 %. Insgesamt betragen die Pflichtausgaben in den Bereichen Soziales, Schule und Jugend im Verwaltungshaushalt ca. 97,6 Mio. €.

Durch die tariflichen Steigerungen (5,1 % ab 2008 und 2,8 % ab 2009) hätten die Personalausgaben insgesamt um 1,1 Mio. € steigen müssen. Tatsächlich ist jedoch nur ein Anstieg um 794.000 € geplant. Im Jahr 2009 macht der Anteil der Personalkosten an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes 11,98 % aus. Im Jahr 2008 waren es noch 12,2 %.

Die vorliegende Planung stützt sich auf die Erfahrungen der Vorjahre sowie auf den Orientierungsdatenerlass des Landes vom 19. August 2008. Danach ist die derzeitige Situation in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Anstieg der konjunkturbedingten Mehreinnahmen zu sehen. Ob dieser positive Trend in eine Dauerhaftigkeit überführt werden kann, ist aufgrund vieler externer Faktoren, die nicht

beeinflusst werden können, fraglich. Es besteht noch immer die Gefahr, dass die gute Einnahmensituation dazu einlädt, die Ausgabenzurückhaltung aufzugeben. Dies wäre tatsächlich schädlich für eine mittelfristige Konsolidierung des Kreishaushaltes. Denn noch immer besteht ein Schuldenberg aus den Vorjahren, der abgetragen werden muss. Der Liquiditätskreditrahmen wird zwar auf 50 Mio. € verringert, bewegt sich aber weiterhin auf hohem Niveau. Ein entsprechend hoher Zinsausgabenanteil in Höhe von 2,1 Mio. € musste hierfür eingeplant werden.

Die Zuschussbedarfe der Budgets im Verwaltungshaushalt 2009 sehen auf Basis der bisherigen Planung wie folgt aus:

Budget	Bezeichnung	2008	2009
0001	Verwaltungsleitung	-1.935.300	-1.854.600
1000	Zentrale Dienste	-2.930.200	-2.881.500
1400	Rechnungsprüfungsamt	-352.400	-394.800
3200	Ordnungs- und Verbraucherschutz	620.600	31.600
4000	Schule und Sport	-18.090.900	-18.248.400
5000	Arbeit und Soziales	-22.875.100	-22.998.900
5100	Jugend	-13.636.000	-14.267.700
5300	Gesundheit	-1.886.400	-1.972.600
6000	Bauen und Planen	-906.500	-963.300
6400	Umwelt	-1.025.900	-1.217.800
	Zuschussbedarf gesamt	-63.018.100	-64.768.000
9010	Allgemeine Deckungsmittel	43.284.600	41.000.500
	Fehlbedarf	-19.733.500	-23.767.500

Unter Berücksichtigung des Fehlbetrages des Haushaltsjahres 2007 in Höhe von 23.550.491 € liegt der strukturelle Fehlbedarf des Haushaltsjahres 2009 damit bei 217.009 €.

Vermögenshaushalt

Aufgrund der positiven Entwicklung im Haushaltsjahr 2007 wird der Rücklagenbestand eine Entnahme erlauben, ohne den Mindestbestand zu gefährden. Mit dieser Entnahme soll zum Ende des Jahres ein Darlehen abgelöst werden, das noch mit 1.551.100 € valutiert.

Im Bereich der Finanzausweisungen für Investitionen wird es eine Änderung geben. Hier ist vorgesehen, die Investitionsbindung in § 3 des Nieders. Finanzverteilungsgesetzes zu streichen. Hierdurch müssen künftig die kompletten Schlüsselzuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs als Einnahmen des Verwaltungshaushaltes verbucht werden. Dieser Betrag fehlt allerdings in der Einnahme und muss anderweitig ausgeglichen werden.

Insbesondere Zuschüsse in Höhe von 600.000 €, die erstmalig im Haushaltsjahr 2008 veranschlagt wurden und ihre Fortsetzung bis zum Haushaltsjahr 2013 finden, bestimmen den Zuwachs der Ausgaben.

Der starke Anstieg der Kredittilgung gegenüber dem Haushaltsjahr 2008 ist der Rückzahlung des o.g. Darlehens geschuldet.

Finanzplanung

Insgesamt dominiert den Orientierungsdatenerlass eine eher vorsichtige Grundhaltung, die auch angebracht erscheint. Die derzeitige Situation ist in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Anstieg der konjunkturbedingten Mehreinnahmen zu sehen. Ob dieser positive Trend in eine Dauerhaftigkeit überführt werden kann, ist aufgrund vieler externer Faktoren, die nicht beeinflusst werden können, fraglich.

Hier sei nochmals auf die sehr mahnende Grundhaltung des Orientierungsdatenerlasses verwiesen. Jedes Verzichten auf Haushaltskonsolidierung bedeutet schlicht das Verschieben notwendiger und eventuell auch schmerzhafter Einschnitte in die Zukunft und damit das Verlagern eigener Verantwortung auf künftige Generationen.

Alle weiteren Beratungen und Erläuterungen der einzelnen Budgets werden wie in den Vorjahren in den jeweils zuständigen Fachausschüssen vorbereitet. Dies gilt in gleicher Weise für die Wirtschaftspläne der optimierten Regiebetriebe. Die Planungen der Eigenbetriebe „Abfallwirtschaft Landkreis Wolfenbüttel“ und „Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel“ werden über eigene Drucksachen der Beschlussfassung zugeführt. Dies gilt auch für den Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel. Die Beschlussfassung über den Haushalt 2009 ist für den 08. Dezember 2008 vorgesehen.

Jörg Röhmann